

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Rechtliche Vorgaben für die Rettung der Verfassung für Europa

Der **Deutsche Bundestag** hat die Bundesregierung im Dezember 2006 dazu aufgefordert, während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft dem Projekt einer Verfassung für Europa neue Impulse zu geben und dafür einzutreten, dass die Charta der Grundrechte verbindlicher Teil der Verfassung wird.

Auch die **Bundesregierung** hat die Bedeutung der Verfassung betont: Teil des Präsidenschaftsprogramms ist es, Alternativen für den ins Stocken geratenen Ratifizierungsprozess auszuloten. Hierzu sind ausführliche Konsultationen mit den anderen EU-Mitgliedstaaten geplant, die mögliche künftige Entwicklungen aufzeigen und als Grundlage für Beschlüsse dienen sollen, wie der Reformprozess der EU fortgesetzt werden kann. Ziel sei es, zum Ende der Ratspräsidentschaft einen „**Fahrplan**“ für den weiteren Umgang mit der Verfassung vorlegen zu können, sagte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im Dezember 2006 im Plenum.

Der „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ (VVE) führt zu einer Änderung des Vertrages von Nizza. Ausgangspunkt jeder Überlegung zum Fortgang des Verfahrens muss deshalb **Art. 48** des Vertrags von Nizza sein:

„Die Regierung jedes Mitgliedstaats oder die Kommission kann dem Rat Entwürfe zur Änderung der Verträge, auf denen die Union beruht, vorlegen. (...) Die Änderungen treten in Kraft, nachdem sie von allen Mitgliedstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert worden sind.“

Ausdrücklichen **Änderungen** der Verträge müssen also **alle Mitgliedstaaten** entsprechend ihrer innerstaatlichen Vorgaben **zustimmen**. Europarechtlich determiniert ist nicht, ob dies parlamentarisch oder im Wege eines Referendums geschieht. Art. 48 des Vertrags von Nizza wird ergänzt durch Art. IV-447 VVE, der für den Abschluss des Ratifizierungsprozesses die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde in Rom vorsieht. Das haben 15 der 27 Mitgliedstaaten für den VVE bereits getan; das innerstaatliche Verfahren grundsätzlich abgeschlossen ist in 18 Ländern der EU (vgl. umseitige Tabelle).

Quellen:

- Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und SPD, BT-Drs. 16/3607.
- Unterrichtung durch die Bundesregierung, Präsidenschaftsprogramm, BT-Drs. 16/3680.
- Hellriegel, Christoph, Tot oder lebendig? Zur aktuellen Debatte über den EU-Verfassungsvertrag, Der Aktuelle Begriff, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Nr. 54/06, 24.11.2006.
- Maurer, Andreas, Konstitutioneller Wandel und „Realpolitik“ im EU-System. Perspektiven zum Europäischen Verfassungsvertrag, ZfP 2006, S. 300 – 332.
- www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Verfassung/RatifikationUebersicht110506.pdf.
- www.cap-lmu.de/themen/eu-reform/ratifikation.
- www.europa.eu.int/constitution/ratification_en.htm.

Übersicht über den Stand des Ratifizierungsprozesses der Europäischen Verfassung

Mitgliedstaat (in der Reihenfolge der Abstimmung)	Innerstaatliches Verfahren	Abschluss
Zustimmung:		
Litauen	Parlamentarisch	Urkunde hinterlegt
Ungarn	Parlamentarisch	Urkunde hinterlegt
Slowenien	Parlamentarisch	Urkunde hinterlegt
Italien	Parlamentarisch	Urkunde hinterlegt
Griechenland	Parlamentarisch	Urkunde hinterlegt
Slowakei	Parlamentarisch	Verfassungsklage anhängig
Bulgarien	Parlamentarisch (mit EU-Beitrittsvertrag)	Urkunde zum Beitrittsvertrag hinterlegt
Rumänien	Parlamentarisch (mit EU-Beitrittsvertrag)	Urkunde zum Beitrittsvertrag hinterlegt
Spanien	Referendum und Parlamentarisch	Urkunde hinterlegt
Österreich	Parlamentarisch	Urkunde hinterlegt
Deutschland	Parlamentarisch	Verfassungsklage anhängig
Lettland	Parlamentarisch	Urkunde hinterlegt
Zypern	Parlamentarisch	Urkunde hinterlegt
Malta	Parlamentarisch	Urkunde hinterlegt
Belgien	Parlamentarisch	Urkunde hinterlegt
Luxemburg	Parlamentarisch und Referendum	Urkunde hinterlegt
Estland	Parlamentarisch	Urkunde hinterlegt
Finnland	Parlamentarisch	Hinterlegung steht noch aus
Ablehnung:		
Frankreich	Referendum	
Niederlande	Referendum und Parlamentarisch	
Übrige Mitgliedstaaten:		
Irland	Referendum und Parlamentarisch	Auf unbestimmte Zeit verschoben
Tschechische Republik	voraussichtlich Referendum	Auf unbestimmte Zeit verschoben
Großbritannien	Referendum und Parlamentarisch	Auf unbestimmte Zeit verschoben
Portugal	Referendum	Auf unbestimmte Zeit verschoben
Dänemark	Referendum	Auf unbestimmte Zeit verschoben
Polen	Referendum	Auf unbestimmte Zeit verschoben
Schweden	Parlamentarisch	Auf unbestimmte Zeit verschoben